Vollzug der Wassergesetze;

Antrag auf Neuerteilung einer gehobenen wasserrechtlichen Erlaubnis für die Entnahme von Mainwasser bei Main-km 331.131 und die Einleitung von Kühl- und Niederschlagswasser aus den Werken II und IV in den Main bei Main-km 330.810 und 331.113, jeweils rechtes Ufer, durch die SKF GmbH, Schweinfurt

Die SKF GmbH, Gunnar-Wester-Straße 12, 97421 Schweinfurt, hat die Neuerteilung einer gehobenen wasserrechtlichen Erlaubnis für die Entnahme von Mainwasser bei Main-km 331.131 und die Einleitung von Kühl- und Niederschlagswasser aus den Werken II und IV in den Main bei Main-km 330.810 und 331.113, jeweils rechtes Ufer, beantragt.

Dem Main werden pro Jahr 3.900.000 m³ Wasser entnommen.

Die einzuleitende Wassermenge beträgt bei Main-km 331.113 jährlich 860.000 m³. Es handelt sich hierbei um Kühl-, Oberflächen-, Lösch-, Reinigungs- (Korbbandsiebmaschine) und Notüberlaufwasser (Kiesfilterrückspülwasser).

Bei Main-km 330.810 beträgt die einzuleitende Wassermenge 2.594.200 m³/Jahr. Hier werden Kühl-, Abschlamm- (Rückkühlanlagen/Luftwäscher), Oberflächen-, Löschwasser und Wasser aus der Entleerung von Sprinkleranlagen eingeleitet.

Die Entnahme von Mainwasser und die Einleitung von Kühl- und Niederschlagswasser sind Gewässerbenutzungen im Sinne des § 9 Abs. 1 Nrn. 1 und 4 Wasserhaushaltsgesetz (WHG). Diese sind nach § 8 Abs. 1 in Verbindung mit § 10 Abs. 1 WHG erlaubnispflichtig. Unter Berücksichtigung der gesetzlichen Voraussetzungen kommt in diesem Falle die Erteilung einer gehobenen Erlaubnis nach § 15 WHG in Betracht.

Die der SKF GmbH für diese Gewässerbenutzungen zuletzt erteilte wasserrechtliche Erlaubnis ist bis zum 31.12.2019 befristet.

Das Bayer. Landesamt für Umwelt hat zu dem Antrag gutachterlich Stellung genommen und dem Vorhaben zugestimmt. Das Wasserwirtschaftsamt Bad Kissingen, das Wasser- und Schifffahrtsamt Schweinfurt und der Bezirk Unterfranken – Fachberater und Sachverständiger für Fischerei wurden beteiligt.

Die für die Entscheidung erforderlichen Pläne und Unterlagen liegen

**ab Freitag, 18.01.2019,
bis einschließlich Montag, 18.02.2019,**

bei der
Stadt Schweinfurt
Bauverwaltungs- und Umweltamt
Zimmer-Nr. 315
Markt 1
97421 Schweinfurt
(Anhörungsbehörde)

während folgender Zeiten zur öffentlichen Einsichtnahme aus:

Montag bis Freitag 08:30 Uhr bis 12:00 Uhr
Donnerstag 13:00 Uhr bis 17:00 Uhr
und nach telefonischer Vereinbarung 09721/51-6810 oder -6811

Bis zwei Wochen nach Ablauf der Auslegungsfrist (Montag, 04.03.2019) kann jeder, dessen Belange durch das Vorhaben berührt werden, schriftlich oder zur Niederschrift bei der vorgenannten Anhörungsbehörde Einwendungen gegen den Plan erheben (§ 15 Abs. 2, § 11 Abs. 2 WHG i.V.m. Art. 69 Bayer. Wassergesetz, Art. 73 Abs. 4 Satz 1 Bayer. Verwaltungsverfahrensgesetz – BayVwVfG – vom 23.12.1976, BayRS 2010-1-I).

Es wird darauf hingewiesen,

1. dass mit Ablauf der Einwendungsfrist alle Einwendungen, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen, ausgeschlossen sind (Art. 73 Abs. 4 Satz 3 BayVwVfG);
2. dass etwaige Einwendungen oder Stellungnahmen von Vereinigungen nach Art. 73 Abs. 4 Satz 5 BayVwVfG bei der Anhörungsbehörde innerhalb der Einwendungsfrist (bis 04.03.2019) vorzubringen sind (Art. 73 Abs. 5 Satz 2 Nr. 2 BayVwVfG);
3. dass rechtzeitig erhobene Einwendungen und Stellungnahmen gegen den Plan in einem Termin, der mindestens eine Woche vorher ortsüblich bekannt gemacht wird, erörtert werden (Erörterungstermin);
4. dass
 - a) die Personen, die Einwendungen erhoben haben, oder die Vereinigungen, die Stellungnahmen abgegeben haben, von dem Erörterungstermin durch öffentliche Bekanntmachung benachrichtigt werden können,
 - b) die Zustellung der Entscheidung über die Einwendungen durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden kann,wenn mehr als 50 Benachrichtigungen oder Zustellungen vorzunehmen sind (Art. 73 Abs. 5 Satz 2 Nr. 4 BayVwVfG).
5. dass bei Ausbleiben eines Beteiligten in dem Erörterungstermin auch ohne ihn verhandelt und entschieden werden kann (Art. 73 Abs. 5 Satz 2 Nr. 3 und Art. 67 Abs. 1 Satz 3 BayVwVfG).

Schweinfurt, 08.01.2019

Stadt Schweinfurt

Duske

Oberverwaltungsrat